



NO
MATTER
MATTER

Es reiche nicht aus, so DP-Präsident Claude Meisch im November vergangenen Jahres auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der JDL zur Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre, dass sich die CSV bei der Jugend mit lockeren Sprüchen à la "Jonker wiele Juncker" anzubiedern versuche, wenn in der Praxis nichts Konkretes erfolge. Um in diesem Dossier endlich Nägel mit Köpfen zu machen versprach Meisch dann auch auf besagter Pressekonferenz, den JDL-Vorschlag zur Herabsetzung des Wahlalters auf die parlamentarische Tagesordnung bringen zu wollen.

Eugène Berger, ein "Wiederholungstäter"

Nun, das Meisch'sche Versprechen wurde eingelöst, arbeitete sein Fraktionskollege Eugène Berger doch inzwischen einen diesbezüglichen Gesetzesvorschlag aus, der zur parlamentarischen Rentrée in der Abgeordnetenkommission deponiert werden soll und gestern vom Autor der Gesetzesinitiative sowie JDL-Präsident Claude Lamberty vorgestellt wurde.

Berger, der in diesem Zusammenhang von einer "Joint Venture" mit der JDL sprach, bezeichnete sich hierbei als "Wiederholungstäter", hatte er doch im Jahre 1996 bereits einen ähnlichen Gesetzesvorschlag eingereicht, in dem er sich seinerzeit für eine Herabsetzung des Wahlalters bei den Kommunalwahlen ausgesprochen hatte.

JDL-Präsident Claude Lamberty, der sich in den vergangenen Monaten zusammen mit seinen Kollegen von der JDL intensiv um eine Herabsetzung des aktiven Wahlrechts gekümmert hatte, wies seinerseits auf die Signalwirkung der gestrigen Pressekonferenz hin: Signalwirkung für die Jugend, Signalwirkung für die Politik und Signalwirkung für die Gesellschaft.

Eine notwendige Evolution, keine Revolution

Lamberty erinnerte auch daran, dass das derzeitige Durchschnittsalter der Abgeordneten bei rund 55 Jahren liege; 55 der 60 Volksvertreter seien älter als 40 Jahre, ein Drittel werde Ende des Jahres über 60 Jahre alt sein. So sehe er die Forderung der Liberalen nach einer Herabsetzung des aktiven Wahlrechts denn auch nicht als Revolution, sondern als notwendige Evolution an. In verschiedenen deutschen Bundesländern wie auch in Österreich sei das aktive Wahlrecht ab 16 bereits dann auch bereits Wirklichkeit.

Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass Menschen mit aktivem Wahlrecht wählen dürfen und Menschen mit passivem Wahlrecht gewählt werden können. Der Berger'sche Gesetzesvorschlag betrifft dabei sowohl die Parlaments- als auch die Kommunal- und Europawahlen.

Am Ursprung der Initiative der Jungliberalen, so Lamberty, stehe indes die immer wieder angeführte Politmüdigkeit, welcher die Jugendlichen ja anscheinend erlegen sind. Um das Interesse der jungen Leute an der Politik zu wecken, müssten diese vom "Zuschauer der Demokratie" zum Akteur selbiger werden, was auch einer zu einer Stärkung der Demokratie und zu einer Revalorisierung der Politik im allgemeinen führe.

Zusammen mit einer Herabsetzung des aktiven Wahlrechts von 18 auf 16 Jahre müsse die Politik ebenfalls als Schulfach eingeführt werden, so Lamberty, der sich zudem für die Schaffung eines Jugendparlaments aussprach.

Man darf gespannt sein, wie die anderen Parteien auf diese Gesetzesinitiative der Liberalen reagieren werden.